Lautstark!

das antifa-magazin

#6 mai 2004

lautstark!lautstark!lautstark!lautstark!lautstark!lautstark!

Soliabo!!Soliabo!!Soliabo!!

«lautstark!» kann nun auch abonniert werden. Schicke 20.- an:

Antifa Bern, Postfach 5053,3001 Bern

Und du erhälst die nächsten drei Ausgaben bequem in den Briefkasten.

Ja, ich abonniere «lautstark!». Schicke die nächsten drei Ausgaben an:

....

....

....

Impressum:

Redaktion & Layout: Antifa Bern

Auflage: 5000 Exemplare;

«lautstark!» Erscheint dreimal jährlich

Anschrift:

Antifa Bern, Postfach 5053,3001 Bern

e-Mail: info@antifa.ch

www.antifa.ch

Liebe Leserinnen und Leser

Opfer von Kriegen und Konflikten oder erdrückender Armut und Perspektivenlosigkeit: Mehr als 120 Millionen Menschen irren derzeit in der Welt umher auf der Suche nach Schutz, Nahrung, Arbeit und mit der Hoffnung auf ein besseres Leben.

Inhalt:

Der reiche Norden tut nur wenig, um die Not zu lindern und die schreiende Ungerechtigkeit zu beseitigen. Viel eher steckt er Geld und Energie in die Perfektionierung der Hightech-Abwehrmaschinerie: Denjenigen Flüchtlingen einem Bruchteil aller heimatlosen Menschen , die bis vor die Tore Europas oder Nordamerikas gelangen, soll der Eintritt möglichst schwer gemacht werden.

Gleichzeitig überbieten sich die Industrieländer in der Verschärfung ihrer Asylpolitik und Ausschaffungspraxis. Auch die Schweiz spielt im Reigen der Ausgrenzer flott mit. Die jahrelange fremden- und flüchtlingsfeindliche Hetze von SVP & Co zeigt Wirkung.

Migration und Flüchtlingspolitik stehen im Mittelpunkt des vorliegenden «lautstark!»-Magazins. Als Antifaschistinnen und Antifaschisten setzen wir uns für eine menschliche Migrationspolitik ein. Die Freiheit, sich in einem beliebigen Ort der Welt niederzulassen, muss ein Menschenrecht sein.

Antifa Bern

Entlastungsprogramm 03: Verschärfung des Asylgesetzes

Am 19. Dezember 2003 hat das Parlament im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 (EP 03) Sparmassnahmen für den Asylbereich verabschiedet. Diese Sparmassnahmen sind nun ab dem 1. April 2004 in Kraft getreten und sollen neben dem Sparziel - erwartet werden Einsparungen von rund 120 Millionen Franken über die nächsten drei Jahre hinweg - das Einreichen von Asylgesuchen für diejenigen Menschen unattraktiv machen, die offensichtlich keine Asylgründe haben. In Tat und Wahrheit sind die Neuerungen eine deutliche Verschärfung des Asylregimes. Primär geht es darum, gegen aussen im internationalen Verschärfungswettbewerb - Holland hat es beispielsweise bereits vorgezeigt - Schritt zu halten und gegen innen dem mit der Beinahe-Annahme der SVP-Asylinitiative offensichtlich gewordenen Unmut in der Bevölkerung Rechnung zu tragen: Die Schweiz soll nicht zur attraktiven Asylinsel in Europa werden. Somit steuert auch die kleine Schweiz einen Beitrag zur Zementierung der «Festung Europa» bei.

Konkrete Neuerungen

«Die wichtigste Massnahme ist der Ausschluss aus dem Sozialhilfesystem des Asylbereiches für Menschen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE). Diese Menschen werden weggewiesen und müssen die Schweiz verlassen. Sie gelten ab Rechtskraft des NEE als ausländische Person mit unbefugtem Aufenthalt und sind für sich und ihren Aufenthalt bis zur Ausreise aus der Schweiz selbst verantwortlich» geht aus dem Kreisschreiben des Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) an die kantonalen Behörden hervor. Konkret geht es darum, abgewiesenen Asylbewerbern nicht mehr automatisch Fürsorgeleistungen auszurichten. Nothilfe, wie sie die Bundesverfassung jedem Menschen in der Schweiz garantiert, d.h. Grundleistungen wie Obdach, Nahrung, Kleidung, medizinische Grundversorgung und Betreuung, erhält nur noch, wer aktiv darum ersucht, sofern er/sie überhaupt davon weiss. Denn sie werden zwar virtuell einem Kanton für allfällige Nothilfe zugewiesen,

aber darüber nicht ausreichend informiert. «Das sind illegal anwesende Ausländer, die nicht wissen müssen, wo sie allenfalls Nothilfe beziehen können» sagt Brigitte Hauser, Kommunikationschefin beim Bundesamt für Flüchtlinge.

Eine weitere umstrittene Änderung ist die Verkürzung der Beschwerdefrist nach einem Nichteintretensentscheid von zehn auf fünf Tage. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) kritisiert diesen Punkt scharf: Es bestehe die Gefahr, dass das Recht auf eine effektive Beschwerde nicht gewahrt werden kann. Falls es zu einem Fehlentscheid komme, könnte eine Person weggewiesen werden, obwohl ihr im Heimatland Folter oder unmenschliche Behandlung droht. Weil die Frist so kurz und der Zugang zu einer Rechtsvertretung nicht gewährleistet sei, hätte die betroffene Person kaum eine Chance, ihr Beschwerderecht effektiv zu nutzen.

Zudem wird kritisiert, dass die in der Vernehmlassung eingebrachten Anliegen der SFH vom Bundesrat nicht aufgenommen wurden. Beispielsweise gebe es keine Schutzbestimmungen für besonders Verletzliche - insbesondere Betagte, Pflegebedürftige, unbegleitete Minderjährige, alleinstehende Frauen, Schwangere sowie Familien mit Kleinkindern. Es fehlten zudem auch Richtlinien zur Ausrichtung der Nothilfe. Die SFH befürchtet deshalb für die kommenden Monate in den Kantonen ein «Vollzugschaos». Tatsächlich ist in den meisten Kantonen noch nicht klar, in welcher Form die Nothilfe ausgerichtet werden soll.

Die Bundesverfassung spricht von Hilfe und Mitteln, «die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind». Das lässt grossen Spielraum offen. Zwar gab es Absprachen und Empfehlungen der Sozialdirektorenkonferenz, aber letztlich wird es 26 verschiedene Interpretationen und Regelungen geben. Entsprechend gross ist die Gefahr von Willkür, indem die Leistungen zur Abschreckung von potentiellen Antragsstellenden immer weiter nach unten korrigiert werden. Die Berner Polizei- und Militärdirektorin Dora Andres äusserte sich im «Bund» bereits klar, was jemanden erwartet, der um Nothilfe ersucht:

«Wenn es irgendwie geht, wird diese Person gleich in Ausschaffungshaft genommen.» Klar ist einzig, dass die Personen, die Nothilfe beanspruchen, schlechter gestellt werden sollen, als jene mit ordentlicher Asyl-Fürsorgeunterstützung - diese werden im Übrigen bereits deutlich schlechter gestellt als Sozialhilfeempfänger ausserhalb des Asylbereichs.

Die SFH interveniert bei den Kantonen

Die Forderung der SFH, die Abgabe der Nothilfe klar zu deklarieren, lehnte das Justiz- und Polizeidepartement unter der Leitung des SVP-Bundesrates Christoph Blocher ab: Weil sich der Umfang nach «örtlichen Gegebenheiten» zur richten habe, wäre dies nicht «sachgerecht.» Die SFH appellierte deshalb an die Kantone, auch unter dem neuen Asylregime, «Notlagen zu vermeiden und besonders Verletzliche zu schützen.» Ein Ausschluss aus der Sozialhilfe ist in diesen Fällen besonders unverhältnismässig und liegt nicht im öffentlichen Interesse. Besonders Verletzliche sollten nicht den Gefahren der Strasse ausgesetzt werden, sondern bis zur Ausreise in Sozialhilfestrukturen bleiben. Dadurch wird sichergestellt, dass ihre Rechte aus der Verfassung sowie der Kinderrechtskonvention gewahrt bleiben. Kein öffentliches Interesse vermag es zu rechtfertigen, dass Personen von der Existenzsicherung ausgeschlossen werden und damit der Gefahr des physischen Verderbens, des unwürdigen Vegetierens oder eines Absinkens in die Kriminalität ausgesetzt werden. Insbesondere darf die Nothilfe nicht mit dem Argument verweigert werden, dass die Rückkehr zulässig, zumutbar und möglich wäre. Selbst wenn eine Person freiwillig zurückkehren könnte, hat sie Anspruch auf Nothilfe, solange sie sich in der Schweiz aufhält.

Zu berücksichtigen sei auch, dass nicht allen Nichteintretensgründen ein Missbrauchstatbestand zugrunde liege - z.B. Herkunft aus einem verfolgungssicheren Staat, Drittstaatenregel oder negativer Entscheid eines EU-Staates, hält die SFH in ihrem Empfehlungsschreiben fest. Die Nothilfe sei nicht dazu da,

Personen zu disziplinieren, sagt SFH-Sprecher Jürg Schertenleib. So dürfen beispielsweise die Abgabe von Nahrungsmitteln von keinen Bedingungen abhängig gemacht werden. Auch dürften diese elementarsten menschlichen Ansprüche in keinem Fall unterschritten werden.

Irritierende Massnahme

Aus dem Kreisschreiben des Bundesamtes für Flüchtlinge geht weiter hervor, dass den Asylbewerbern mit NEE eine Gratis-SBB-Tageskarte abgegeben wird, um die selbständige Ausreise zu erleichtern. Die Asylbewerber sollen vor allem davon abgehalten werden, schwarz zu fahren, begründet Brigitte Hauser vom BFF die Massnahme: «Häufig haben bisher Angestellte von öffentlichen Betrieben ein Auge zugedrückt, um sich den grossen administrativen Ärger zu ersparen.» Zudem ermögliche man ihnen so, problemlos den nächsten Grenzübergang oder Flughafen zu erreichen.

Ob die Gratisbillete aber wirklich zur Ausreise animieren, wird jedoch im Asylvollzug stark bezweifelt. Ein gewisses Verständnis für die Gratisbillete signalisiert hingegen Jürg Schertenleib von der SFH: «Der Bund sollte diesen Menschen nicht nur Fahrkarten abgeben, sondern sie auch darüber informieren, wo sie Nothilfe erhalten können. Wo sollen sie sonst hinfahren?» Weniger diplomatisch äussert sich SVP-Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns): «Das ist eine bürokratische Überkorrektheit jenseits von Gut und Böse.» Fehr war es auch, der in der Arena-Sendung am 2. April 2004 stimmgewaltig gegen Asylmissbrauch polterte und grundsätzlich Flüchtlingen kriminelle Absichten unterstellte, um in die Schweiz zu reisen.

Zukunftsperspektiven

Ursprünglich sollte die Massnahme nur Menschen treffen, auf deren Gesuche gar nicht erst eingetreten wird, weil sie die Behörden getäuscht haben, weil sie keine Asylgründe geltend machen können oder weil sie aus einem vom Bundesrat als sicher eingestuften Land kommen. Noch vor Inkrafttreten des EP 03 hat der Bundesrat - von der Öffentlichkeit unbemerkt - im Grundsatz bereits beschlossen, die Massnahmen massiv auszuweiten. Er spricht sich für die Annahme einer Motion der Nationalratskommission aus, die das Entlastungsprogramm beraten hat. Diese Motion verlangt, dass im anstehenden zweiten Entlastungsprogramm sämtliche abgewiesene Asylbewerber von der Fürsorge ausgeschlossen werden.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe ist gegen die Ausweitung. Der Bundesrat habe den Kantonen versprochen, mit einem dreijährigen Monitoring die Auswirkungen genau zu beobachten, insbesondere die finanziellen Auswirkungen des Ausschlusses von Personen mit rechtskräftigen NEE aus dem Sozialhilfesystem des Asylbereichs. Das Monitoring würde gegebenenfalls zu einer Anpassung der Nothilfeentschädigung führen. Das sei unverständlich. Erstens haben diese Asylbewerber mit Missbrauch nichts zu tun. Es gebe keinen Grund, sie zu bestrafen. Sie nach mehrmonatigem bis mehrjährigem Aufenthalt von einem Tag auf den andern vor die Tür zu stellen, ohne dass ihre Rückkehr geregelt wird, darf nicht sein.

Und zweitens sind die Folgen der umstrittenen Systemänderung noch völlig unklar: Die Hilfswerke befürchten unmenschliche Zustände. Die Städte haben Angst vor mehr Kriminalität, wenn in Zukunft vermehrt Leute untertauchen und «illegal» in der Schweiz leben. Jetzt schon eine Ausweitung in Betracht zu ziehen, sei «seltsam», kritisiert Jürg Schertenleib. Angesichts stark rückläufiger Asylzahlen spare der Bund im Asylwesen ohnehin. Der Bundesrat will ein Signal der Härte aussenden; er setzt sich aber dem Vorwurf aus, unseriös und überhastet vorzugehen. Über die fragliche Motion entscheidet der Nationalrat in der Mai-Sondersession.

Bleibt zu hoffen, dass die Schweiz ihre humanitäre Aufgabe nicht vollständig über Bord wirft und ihre Grenzen nicht weiter zumauert. **Kein Mensch ist illegal! Bleiberecht überall!**

Festung Europa

Die Flüchtlingsströme vom ausgebeuteten Süden in das reiche Europa halten an und werden auch durch die verschiedenen Abwehrstrategien der Europäischen Union nicht verkleinert. Allerdings wird der Blutzoll für die Reise in das gelobte «Reich Europa» mit jeder technischen Finesse der EU erhöht.
Im Süden von Marokko organisieren Schlepper Überfahrten auf die Kanarischen Inseln Fuerteventura und Lanzarote - und im Norden Marokkos geht die Reise auf die Insel Ceuta. Die drei Inseln sind in spanischem Besitz und somit in der Europäischen Union. Diese Überfahrten gestalten sich als ein wahres Himmelfahrtskommando. Mit motorisierten und überfüllten Schlauchbooten wird in der dunklen Nacht - meist ohne Navigationssysteme - in die unbekannte See ausgelaufen. Die Schlauchboote sind in den wenigsten Fällen hochseetauglich und ein Kentern der Boote keine Seltenheit. Die verunglückten Passagiere haben in den kalten Fluten des Atlantiks oder des Mittelmeeres kaum eine Überlebenschance. Haben die Flüchtlinge die gefährliche Überfahrt geschafft, lauert die nächste Gefahr: Die Polizei. Vielfach wartet die Polizei an bekannten Anlegestellen und bringt die Flüchtlinge umgehend in Ausschaffungshaft. Nach der Rückschaffung beginnt oft ein erneuter Versuch, in Europa Fuss zu fassen. Dieses Unternehmen ist allerdings ein teures Vorhaben: Eine Überfahrt kostet jeweils rund 1000 Franken.

EU will Flüchtlinge auf Distanz halten

Die Europäische Union spaltet die MigrantInnen gemäss ökonomischer Verwertungslogik auf: In für die Wirtschaft nützliche und unnützliche Flüchtlinge. Für letztere wird ein immenser Aufwand getrieben, dass für sie Europa zu einer uneinnehmbaren Festung wird. Die «unnützlichen» Flüchtlinge - haben sie einmal das «sichere» Europa erreicht - werden kriminalisiert und ausgegrenzt. Die Kriminalisierung der Flüchtlinge führt dazu, dass sie nicht arbeiten und somit nicht selber für ihr Leben aufkommen können.

Dieser «illegale» Status wird von der Wirtschaft, mit aller Härte ausgenutzt. «Illegale» Flüchtlinge werden, da sie über keinerlei Rechte verfügen, als billigste ArbeiterInnen missbraucht. Sei es in der Bauwirtschaft, Landwirtschaft, im Gast- und im Sexgewerbe..

Diese Festung Europa verläuft um den so genannten «Schengen-Raum». Im Jahre 1985 wurde im luxemburgischen Schengen von den EU-Staaten ein Abkommen unterzeichnet, welches die innereuropäischen Grenzen abschafft, daher der Name «Schengen». Fünf Jahre später wurde dieser «Schengen-Raum» mit umfangreichen Massnahmen zur Grenzsicherung gegen aussen erweitert. Inzwischen gehören alle Staaten der EU - Ausnahmen: Grossbritannien und Irland - zum «Schengen-Raum». Der Wunsch, die Grenzsicherung nach aussen zu verstärken, wird mit immer neueren und abstruseren Ideen verfolgt: Damit die Flüchtlinge nicht im EU-Raum auf ihren Asylentscheid warten müssen, sollen diese in einem so genannt sicheren Drittstaat (Nicht-EU-Mitglied) auf ihren Asylentscheid warten - und zwar in speziell errichteten Lagern. Selbst die Uno-Kommission unterstützte diesen Vorschlag. Allerdings müssten in ihren Augen diese Auffanglager innerhalb des EU-Raumes sein, nach Möglichkeit auf dem Territorium eines neuen EU-Mitgliedes.

EU setzt Drittweltländer unter Druck

Ein weiteres Mittel, die Festung Europa ausserhalb des «Schengen-Raums» zu sichern, sind Abkommen mit potentiellen «Fluchtländern». Diese Abkommen regeln, dass die jeweiligen Staaten die Flüchtlinge bereits an ihren Landesgrenzen von der Flucht abhalten. Sollte die Flucht nach Europa trotzdem gelingen, verpflichten sich die jeweiligen Staaten zur Aufnahme von Flüchtlingen als «sicheres» Dritt(welt)land. Die für viele Drittweltländer dringend notwendige Entwicklungshilfe aus Europa wird in solchen Fällen als unmenschliches Druckmittel verwendet.Auch in der Schweiz spielte die Regierung bereits mit dem Gedanken, Rücknahmeabkommen



T-Shirt:
in den Grössen
S,M,L für 20.-



Fahne:
Masse: 100cm x 100cm
Hohlsaum für Stock (12mm)
Preis: 30.-



Feuerzeug:
Einweg Gasfeuerzeug
blau, transparent
Preis: 2.-/Stück

Alle Preiseverstehen sich inkl. Porto und Versand. Bestellungen bitte einsenden an:
Antifa Bern, Postfach 5053, 3001 Bern.
Bezahlung: Nur Vorkasse! Bitte genauen Betrag mit der Bestellung mitschicken!
Lieferung: Per Post, kann 14 Tagen dauern.
wenn ewas nicht klappt bitte ein e-mail an: info@antifa.ch
Nur solange Vorrat! (Reservierung auf www.antifa.ch möglich)

mit afrikanischen Staaten auszuhandeln. Im Januar des Jahres 2003 wurde ein Rücknahmevertrag zwischen der Schweiz und Senegal unterzeichnet. Dieser Vertrag sah vor, dass Senegal alle in der Schweiz unerwünschten «Afrikaner» aufnehmen und diese dann in Eigenregie in die jeweiligen afrikanischen Staaten abschieben muss. Dieser unmenschliche Vertrag wurde allerdings auf Druck von schweizerischen wie senegalesischen NGO ausser Kraft gesetzt.

No Border, no Nation!

Die gängige europäische und somit auch die schweizerische Asylpolitik hat eine blutige Tradition: Zwischen 1997 und 2001 wurden in der Meerenge von Gibraltar gemäss des Verbandes der Freunde und Familien von Opfern der illegalen Einwanderung (AFVJG) 3286 Leichen geborgen. Die Flucht auf die Kanarischen Inseln mussten über 500 Menschen mit dem Leben bezahlen. Die Dunkelziffer wird wohl beträchtlich grösser sein. Die Flüchtlingsströme folgen einer einfachen Logik: Reiche Länder haben für arme Menschen eine verständliche Anziehungskraft. Die Flüchtlinge haben in ihren Heimatländern nichts mehr zu verlieren. Das Einzige, was die meisten der Flüchtlinge noch verlieren können, ist ihr Leben, und dies setzen sie mit jedem Fluchtversuch erneut aufs Spiel. Flüchtlingsströme sind die direkten Folgen einer ausbeuterischen Politik. Solange sich die reichen Länder auf Kosten der armen Länder bereichern, wird es Flüchtlingsströme vom Süden in den Norden geben. Mit jedem technischen und juristischen Ausbau der Festung Europa wird nur das Leid der Flüchtlinge erhöht und der Profit der einheimischen Wirtschaft und der Schlepper - die wegen der grösseren Gefahr auch mehr Geld für die Überfahrt verlangen - gefördert. Ein Ausbau der Festung Europa führt zu einer noch grösser werdenden Differenz zwischen Norden und Süden. Je grösser diese Differenz ist, desto mehr Menschen aus der Dritten Welt werden versuchen, in das «gelobte» Europa zu reisen.

Die Festung Europa mit ihren rassistischen Grenzen muss fallen!

Thun: Die Serie von Angriffen von Rechtsextremen geht weiter

Die Serie von Übergriffen mit rechtsextremistischem Hintergrund in der Region Thun geht auch dieses Jahr weiter. Fast jedes Wochenende greifen die Neonazis Menschen an, die nicht in ihr Weltbild passen. Opfer sind hauptsächlich «ausländisch oder links Aussehende», wie auf der Homepage der Autonomen Gruppen Oberland «www.a-g-o.ch.vu» zu lesen ist. Wir haben zwei gröbere Angriffe ausgewählt:

Erstens: Nach dem Antifaschistischen Abendspaziergang in Bern am 20. März 2004 wurden rückkehrende DemonstrantInnen von den Faschos am Bahnhof Thun abgepasst. Die SpaziergängerInnen wurden verfolgt und einige von ihnen mit Schlägen und Füssen traktiert. Dies erinnert an Szenen, wie sie sich nach der Demonstration gegen die Ruag letztes Jahr ereigneten, als am selben Bahnhof auf den Zug wartende Demonstranten von Rechtsradikalen gezielt angegriffen und eine Person verletzt wurde.

Zweitens: Eine knappe Woche später, am 24. März, griffen acht Neonazis - rassistische Parolen rufend und die rechte Hand zum Hitlergruss erhoben - ein Wohnhaus in Steffisburg bei Thun an. Sie warfen Steine und Flaschen gegen das Haus. Durch diesen Übergriff wurden zwei Anwohner verletzt. Zu beklagen sind: Ein Nasenbein- und ein Steissbeinbruch. Die Polizei kam zu spät. Am Vortag dieses Angriffs fanden die Bewohner eine tote, kopflose Schlange in ihrem Briefkasten

Die Autonomen Gruppen Oberland vermuten in einem Communiqué, dass es sich bei den Tätern nach dem Abendspaziergang in Bern und den Angriffen in Steffisburg um dieselbe Gruppe handelt. Zudem zeigt sich eine neue Entwicklung. Immer öfters werden Leute von Faschos gefilmt. So wurden beispielsweise die heimkehrenden AbendspaziergängerInnen gefilmt und fotografiert. Am 3. April wurden Menschen am Mühleplatz auf Video gebannt.

Wie die oben genannten Fälle zeigen, werden Leute vermehrt gezielt angegriffen. Da lässt das Filmen nichts Gutes erahnen.

Und der «Expression Store» ...

Seit der Eröffnung des Kleiderladens «Expression Store» im letzten Jahr treffen sich im und um das Geschäft regelmässig viele als rechtsextreme bekannte Schläger. Die Ladenbesitzerin gibt Auskünfte über Vertriebe, bei denen Hakenkreuzfahnen oder Musik mit rassistischen und nationalistischen Texten erworben werden können. Der «Store» wurde am 7. April von AntifaschistInnen mit Farbe gekennzeichnet. In einem BekennerInnen-Communiqué steht, «dass sich die Wut der Antifaschisten nicht nur gegen die Ladenbesitzerin des «Expression Store» und deren «Anhänger», sondern auch gegen all jene, die wissentlich wegschauen und somit tolerieren, dass sich faschistisches Gedankengut verbreiten kann, richtet. Wir wollen mit diesem Farbanschlag ein Zeichen setzen. Die braune Farbe symbolisiert den Faschismus, der sich in Thun unterschwellig verbreitet. Wir wollen aufrütteln, Augen öffnen, zum kritischen Mitdenken anregen und zum Handeln aufrufen! Wir wollen keinen braunen Schandfleck in Thun! Wir müssen Faschismus gemeinsam bekämpfen!»

Übergriffe auch in Winterthur

Auch in Winterthur wollte eine Gruppe von Faschos die heimreisenden ManifestantInnen des Abendspaziergangs angreifen. Die Polizei verhinderte Schlimmeres. Ein Tag zuvor jedoch wurde ein 37-jähriger Schweizer an einer Bushaltestelle von einer rechtsradikalen Skinheadgruppe brutal angegriffen. Ein 20-jähriger stach mit einem Messer auf sein Opfer ein, ein weiterer schlug mit einer Eisenstange zu. «Der Arzt diagnostizierte beim Verletzten verschiedene Schnittwunden, Prellungen sowie vermutlich einen Armbruch» ist auf der Homepage der Alternativ Revolutionären Kräfte Winterthurs («www.ark.ch.vu») zu lesen.

Interview mit einem Unterstützer des Sans-Papiers-Kollektives Bern

Mit der Selbstorganisation der Sans-Papiers und den darauf folgenden Kirchenasylen wurde im Sommer 2001 die Sans-Papiers Frage an die Öffentlichkeit getragen und zum Politikum gemacht. Die grosse öffentliche Resonanz, welche auf die Bewegung folgte, zwang die PolitikerInnen dazu, das Thema auch im Parlament aufzugreifen. Doch statt der geforderten kollektiven Regularisierung wurde an Einzelfalllösungen und somit an der bestehenden Asyl- und AusländerInnenpolitik festgehalten. Die sogenannte Härtefalllösung, welche lediglich individuelle - nach äusserst subjektiven Kriterien - Legalisierungen ermöglicht - führte zu einer Spaltung der Bewegung. Diese verlor schnell ihre politische Kraft. Ein Interview mit einem Unterstützer des Sans-Papiers-Kollektives Bern, welcher seit dem Sommer 2001 aktiv ist.

LS: *Es ist momentan still um die Sans-Papiers-Bewegung. Kannst du rückblickend kurz schildern, was am Anfang euer Kerngedanke, euer politischer Antrieb war?*

A: Wir haben den Sans-Papiers ins Zentrum gerückt; die Illegalisierten, ausgebeuteten Arbeiter, Arbeiterinnen; wir haben bewusst den Menschen in den Vordergrund gestellt. Dem Thema Migration hat man ein Gesicht gegeben. Dies hat dann auch die ganze Menschenrechtsdiskussionen ausgelöst.
Man konnte Forderungen stellen, war nicht in einer Abwehrhaltung. Momentan sind wir aber nicht mehr in der Lage, den politischen und öffentlichen Diskurs mitzubestimmen.
Damals bekamen wir Unterstützung von Gewerkschaften, von der Kirche, von Parteien usw. Jetzt hat sich das ganze politische Klima verändert und bewegungsintern haben wir nicht mehr die gleiche Kraft, die wir am Anfang hatten.

LS: *Hat auch das Durchsetzen der Härtefallregelungen als einzige Lösungsmöglichkeit zur Frustration in der Bewegung geführt?*

A: Der grösste Fehler des Kollektives war es - das ist jetzt meine persönliche Meinung -, auf die Härtefalldossiers einzugehen. Von Anfang an war für uns der Kollektivgedanke ausschlaggebend. Es war ein Kampf, den die MigrantInnen selbstbestimmt geführt haben. Die Härtefalllösungen als Einzelfallregelung haben die ganze Problematik individualisiert. Die Sans-Papiers sind gegeneinander ausgespielt worden, die Bewegung wurde gespalten.
Weiter wurde durch die Härtefalllösung das bestehende Gesetz bestätigt. Nach der Diskussion im Parlament war die ganze Unterstützung, sei sie von der Kirche oder von Parteien, weg.
Ausserdem wurde vieles durch die ganze administrative Arbeit erschwert; das Bearbeiten eines Härtefall-Dossiers benötigt rund 30 Stunden Arbeitszeit - die Arbeit wurde juristisch, das Politische kam zu kurz.

LS: *Im Vergleich zu anderen Ländern - in Frankreich beispielsweise wurden über 80'000 Sans-Papiers legalisiert - wurden in der Schweiz nie grosse Erfolge erzielt, wenn überhaupt, kam es zu einzelnen Legalisierungen.*

A: Die Bewegung in Frankreich entstand bereits in den 70er-Jahren, schon die Bezeichnung «Sans-Papiers» zeigt, dass die Bewegung ihren Ursprung in Frankreich hat. Die Regularisierungen wurden in einem langen Prozess erkämpft. In der Schweiz gab es 1997 den ersten Versuch, eine Bewegung aufzubauen, welcher aber gescheitert ist. Ein Fehler war eben auch, dass man mit den Erfolgserlebnissen von anderen Ländern - Frankreich ist nur ein Beispiel - angefangen hat und dann enttäuscht worden ist. Die politische Lage in der Schweiz war auch nie vergleichbar mit der Lage im Ausland. Die Schweiz hatte bereits damals Asyl- und AusländerInnengesetze, die ihresgleichen suchten, welche enorm restriktiv waren.

LS: *Siehst du schlussfolgernd eine Perspektive für die Bewegung, gerade im Zusammenhang mit der immer restriktiveren Asyl- und AusländerInnenpolitik?*

A: Was uns momentan fehlt, ist der Mut, unsere politische Aktualität zur Sprache zu bringen. Solidarität ist für mich nicht einfach ein Wort, sondern ein wichtiger Bestandteil meines Lebens. Ich denke, dass dieser Gedanke wieder vermehrt ins Zentrum unserer Politik gerückt werden sollte. Aber auf parlamentarischem Weg ist der Kampf ganz klar verloren. Ich denke, dass es wichtig ist, für eine Zivilgesellschaft, für eine solidarische Gesellschaft einzutreten

LS: *Das war aber recht abstrakt ...*

A: Wenn wir konkrete Möglichkeiten hätten, wären wir dabei, diese zu nutzen. Das Thema Migration ist ein schwieriges Thema, weil es auch viel mit dem eigenen Besitz, mit dem Fremden zu tun hat. Mein erkämpfter Besitz kann mir weggenommen werden.
Unsere Gesellschaft funktioniert nun mal so, dass dir immer jemand untergeordnet ist, den du unterdrücken kannst - der Sans-Papiers ist die Person auf der untersten Hierarchieebene. Und das zu verändern, in einer solch kurzen Zeit, das ist viel, das ist schlussendlich eine politische Utopie, woran wir am Arbeiten sind.

Sonic Youth: Dirty (Deluxe Edition, zwei CDs)

Die US-amerikanische «alternative Rock-Band» Sonic Youth, ohne die - so DRS3 - Gruppen wie Nirvana nicht denkbar gewesen wären, lässt ihre Fans meist nicht lange auf eine neue Veröffentlichung warten. Die Band wurde 1981 gegründet, worauf durchschnittlich alle zwei Jahre ein neues Album folgte. Auf all den Werken wird Musik mit viel Gitarre und markanten Stimmen geboten. Musik, die nicht einfach nur nebenher konsumiert werden kann, sondern vom Publikum Aufmerksamkeit verlangt und gerade deshalb nicht nur live zu einem Erlebnis wird. Die «Deluxe Edition» enthält neben der bereits 1992 erschienenen CD «Dirty» zusätzlich elf bisher unveröffentlichte Tracks. Dazu kommen acht B-Side-Tracks, welche das Ganze abrunden.

Die zwei Silberlinge sind jedoch nicht nur eingefleischten Fans zu empfehlen, sondern auch Leuten, welchen Sonic Youth bislang kein Begriff war. Denn das Album enthält neben den klassischen «noise tracks» in Sonic-Youth Manier, wie «Orange Rolls, Angels Spit» oder «100%» auch poppige Songs. So zum Beispiel «Genetic», welches zu mehr als nur zum Verweilen animiert. Sonic Youth hebt sich nicht nur stilistisch vom Mainstream ab, sondern setzen mit Hits wie «Youth Against Fascism» auch inhaltliche Signale. «Get Dirty. It's yr right».

Die Aeronauten: Zu gut für diese Welt (Best of)

Rosinen picken jetzt! Die Aeronauten tischen mit «Zu gut für diese Welt» ein bemerkenswert dichtes 25-Gang-Auswahlmenü aus ihrem superben Liedgut auf, das sie seit mehr als einem Jahrzehnt zur liebenswürdigsten Band zwischen Boden- und Genfersee macht. Das Best-of-Album ist mit sechzehn «unvergänglichen Allzeitfavoriten» - vom melancholischen «Schnee» über das bitterböse «Freundin» bis zum sozialkritischen «Sexy Welt» - und als Zückerchen für das Sammlerpublikum mit neun «fast vergessenen Knallern» - darunter so Mut spendenden Titeln wie «Liebe wird dich finden» oder «Alles wird gut» - bestückt. Die Auslese dürfte dem Quintett aus Schaffhausen und Zürich bestimmt nicht leicht gefallen sein. An sich grossartige Songs wie «Eddie und ich» oder «Schaffhausen ist eine Illusion» blieben aussen vor.

Zu gut für diese Welt? Die feine Musik der Aeronauten hat den Massengeschmack nie ganz getroffen: «Ihr habt Euch getäuscht - wir waren nirgends gross, nur überall ein bisschen, vielleicht auch bei Euch», bilanziert der Begleittext des Albums, der erschreckend nach Abschied klingt.

A.G. Grauwacke: Autonome in Bewegung - Aus den ersten 23 Jahren

Das Autorenteam AG. Grauwacke - Grauwacke ist ein Material, das für die Herstellung von Pflastersteinen verwendet wird - erzählt auf satten vierhundert Seiten die Geschichte autonomer Praxis von Beginn der 1980-er Jahre bis in die Gegenwart (Proteste gegen den Irak-Krieg). Der Fokus richtet sich dabei auf die Frontstadt des Kalten Krieges, Westberlin, bzw. das heutige Berlin. In der autonomen Bewegung dieser Stadt liegen die politischen Wurzeln des fünfköpfigen, männlichen Autorenteams, das verständlicherweise anonym bleiben will.
Die Themenpalette, die behandelt wird, ist dementsprechend breit: Der Widerstand gegen das Atomprogramm der BRD, die Auseinandersetzung um die sogenannte Startbahn West, der Häuserkampf, autonome Kampagnenpolitik (u.a. am Beispiel der IWF-Kampagne von 1988), Antifaschismus, Autonomer Antirassismus, Patriarchat, Internationalismus und Globalisierung, das Verhältnis der Autonomen zu den bewaffneten Gruppen wie RAF und RZ und, und, und ...
Wer jetzt eine trockene Geschichtsstunde erwartet, hat sich mächtig getäuscht: «Autonome in Bewegung» ist illustriert mit unglaublich vielen Klasse-Fotos - allein das Herumblättern macht Spass -. Am unteren Rand läuft durch das ganze Buch eine Zeitleiste, welche stichwortartig einen Überblick über wichtige globale Ereignisse bietet. Zudem stösst man/frau am Ende des Buches noch auf ein Glossar, welches das Autonomenkauderwelsch für Unkundige auf Deutsch übersetzt. Zu «Autonome in Bewegung» gibt's auch noch eine Internet-Seite (http://autox.nadir.org), wo sich weitere Texte befinden und über die autonome Geschichte debattiert werden kann. Allerdings ist die Beteiligung nicht allzu hoch. Wer Lust hat, soll/kann/darf gerne etwas schreiben.
Da die Theorie vernachlässigt wird und es hauptsächlich um die gelebte Praxis geht, können die LeserInnen auch Spass haben, wenn sie nicht alle politischen Einschätzungen der Autoren teilen.
Fazit: Haut rein!